

II-2669 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1347 JS

1981 -07- 09

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. HAUSER
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit von
Teilen der bezirksgerichtlichen Gerichtsbarkeit

Die Anfragesteller beziehen sich auf die zum Anfragethema
seit 1973 gestellten 6 Anfragen (zuletzt am 20. 11. 1978,
Nr. 2189/J, II-4392 der Beilagen, XIV. GP).

In seiner letzten Antwort zum Gegenstande hat der Herr
Bundesminister für Justiz am 3. 1. 1979, Z. 17.103/27-I 8/78,
auf ein Verfahren bei der Europäischen Menschenrechtskommission
hingewiesen, dessen Ausgang vor weiteren Verfügungen abzu-
warten wäre. Dieses präjudizielle Verfahren soll inzwischen
längst beendet sein. Über legislative oder administrative
Maßnahmen zur Sanierung der in den früheren Anfragen aufge-
zeigten Lage ist aber bisher nichts bekanntgeworden.

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

1. Haben Sie inzwischen - im Wege der Bundesregierung - beim Verfassungsgerichtshof eine weitere Kompetenzfeststellung eingeleitet?
2. Wenn ja, wie lautet der entsprechende Antrag und wie hat der Verfassungsgerichtshof hierüber entschieden?
3. Welche weiteren Maßnahmen beabsichtigen Sie zu ergreifen; insbesondere im Hinblick auf die von Ihnen bereits öffentlich angekündigte Schaffung eines Bezirksgerichtes Donaustadt, dessen rechtlich einwandfreie Errichtung im allgemeinen Interesse liegt?